

5. Antrag Fraktion WW/BfW/Landgemeinden Verbrennen von Grünschnitt

Herr Patzschke erläutert den Antrag der Fraktion. Kurz vor Beginn der Verbrennungsperiode hatte die Verwaltung Container für Grünschnitt in den Ortschaften aufgestellt. Diese spontane Lösung wurde gut angenommen. Dennoch sind die Ortschaften einzubeziehen, wenn die Entsorgung und Verbrennung von Grünschnitt zukünftig anders geregelt werden sollen. Die Meinung der Ortschaften ist anschließend dem Landrat vorzulegen und eine Änderung der Verbrennungsverordnung des Landkreises zu erwirken.

Die Stadträte tauschen ihre Meinung zum Verbrennen und den bisherigen Regularien aus.

Auf Nachfrage von Frau Schlegel erläutert Herr Patzschke, dass der Stadtrat nur über die Handhabung in der Stadt Weißenfels und deren Ortschaften entscheiden kann. Es soll nicht über den gesamten Landkreis entschieden werden.

Herr Schmidt erläutert, dass zwei Alternativen nun möglich sind. Zum einen kann sich der Oberbürgermeister als Kreistagsmitglied für ein Verbrennungsverbot im gesamten Burgenlandkreis einsetzen. Gleichzeitig sollte mit der Abfallwirtschaft die Abholung des Grünschnittes ähnlich wie im Saalekreis organisiert werden. Gegebenenfalls kann die Gemarkungsübersicht der Verbrennungsverordnung um das Gebiet der Weißenfelder Ortsteile erweitert werden. Das Bereitstellen der Container auf Kosten der Stadt Weißenfels sollte nur einmalig erfolgen. Die Kosten müssten durch den Landkreis übernommen werden. Jedoch bietet die turnusmäßige Abholung der Biomülltonne bereits eine gewisse Organisation der Entsorgung von Pflanzenresten.

In diesem Jahr wurden im Monat März 47 Tonnen Grünschnitt über die aufgestellten Container entsorgt. Die Kosten für Entsorgung, Technik und Personal müsste ohne Unterstützung des Burgenlandkreises im städtischen Haushalt eingeplant werden. Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe, welche durchaus kritisch durch die Kommunalaufsicht gesehen werden kann.

Herr Klitzschmüller fordert auch eine Aufklärung der Bürger, dass nur getrockneter Grünschnitt aus dem Vorjahr verbrannt werden darf.

Vor einer Beratung in den Ortschaften sind Alternativen zur Entsorgung von Grünschnitt durch die Verwaltung vorzulegen, macht Frau Schlegel deutlich. Ohne Alternative kann die Diskussion in den Ortschaften nicht geführt werden.

Es folgt eine Diskussion in welcher Reihenfolge die Beratung des Antrages fortgeführt werden soll.

Herr Schmidt ergänzt, dass im Stadtgebiet und dem Ortsteil Boraus das Verbrennungsverbot bereits besteht. Es erfolgt keine turnusmäßige Entsorgung durch den Burgenlandkreis. Die Bürger sind selbst für die Entsorgung beispielsweise bei Wertstoffhöfen verantwortlich. Es ist möglich, dass auch für die übrigen Flächen keine weitere Entsorgung angeboten wird.

Frau Zwirnmann meint, dass der Antrag zurückgestellt werden muss. Die Verwaltung sollte Alternativen mit dem Burgenlandkreis erarbeiten und erst danach den Ortschaften zur Entscheidung vorlegen. Dem schließen sich mehrere Stadträte an.

Beschlussempfehlung

Der Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels die Verwaltung zu beauftragen alternative Vorschläge für die Entsorgung oder Abholung von Grünschnitt in den Ortschaften zusammenzustellen. Der Burgenlandkreis ist dabei im Vorfeld einzubeziehen. Nach Vorliegen der Fakten ist der Antrag in den Ortschaften zu beraten.

Abstimmung:

Stadträte	dafür: 7	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Sachkundige Einwohner	dafür: 2	dagegen: 0	Enthaltung: 0

6. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

7. Mitteilungen und Anfragen

Herr Patzschke hat in der Vergangenheit vermehrt die Ablagerung von Müll und Schrott in der Natur festgestellt. In Tagewerben ist dies neben dem Wasserturm zu beobachten. Laut Aussage der Verwaltung ist die Fläche nicht in städtischem Besitz und die Verwaltung daher nicht zuständig. Es wird angefragt, wie nun verfahren werden soll.

Herrn Schmidt ist dieser genaue Sachverhalt nicht bekannt. In solchen Fällen führt das Ordnungsamt das Verfahren. Es wird versucht die Täter zu ermitteln.

Die Stadträte meinen, dass Mittel zur Entsorgung diverser Müllablagerungen im Haushalt eingestellt werden sollten.

Herr Schmidt sieht diesen Vorschlag kritisch. Es ist kaum leistbar sämtliche Müllablagerungen auf Kosten der Stadt zu entsorgen. Die Verwaltung zahlt für jede Abgabe auf dem Wertstoffhof.

Herr Spiegelberg bittet Herrn Schmidt in der nächsten Sitzung die Probleme, Kosten und ungefähre Anzahl von Müllentsorgungen aufzuarbeiten und dem Ausschuss vorzustellen.

Herr Klitzschmüller hat ebenfalls die Ablagerung von Säcken vor einem Trafohäuschen festgestellt. Die Stadtwerke als Besitzer der Fläche sind nun Eigentümer des Mülls und müssen die Entsorgung regeln. Er befürwortet eine Vorstellung wie teuer die Entsorgung im Stadtgebiet wären.

Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen und Anfragen

Es werden keine Mitteilungen und Anfragen im nicht öffentlichen Teil geäußert.

2. Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Marcus Spiegelberg
Vorsitzender

Anja Bechmann
Protokollführerin